

Sonderzuschlag für Bundesbedienstete in der Limmatstadt.

Zürcher Pöstler sind enttäuscht

Ab 1989 erhalten die rund 14'000 Bundesbediensteten auf dem Platz Zürich wie heute schon ihre Kollegen in Genf einen Sonderzuschlag von jährlich 2000 Franken. Der Bundesrat hat am Mittwoch einen entsprechenden Beschluss gefasst und überdies beschlossen, dem Parlament mit dem zweiten Nachtrag zum PTT-Budget 520 zusätzliche Stellen zu beantragen.

Mit der Zürcher Sonderzulage, die den Bund bzw. die Bundesbetriebe knapp 30 Mio. Franken kosten wird, hat die Landesregierung der besonders angespannten Personalsituation in der Wirtschaftsmetropole Rechnung getragen. Die Quoten der Stellenwechsel, d.h. der freiwilligen Austritte aus dem Bundesdienst, sind in Zürich am höchsten. Dasselbe gilt für die wegen Personalmangels nicht besetzten Stellen. Vor allem die PTT-Betriebe müssen einen erheblichen Teil der Stammfunktionen mit Aushilfepersonal bestreiten, was sich auf die Qualität der Dienstleistungen auswirkt.

Die Sonderzulage von 2000 Franken stützt sich auf die vom Parlament im Juni gutgeheissene Änderung des Beamtengesetzes. Der Bundesrat wird in einem späteren Zeitpunkt festlegen, nach welchen Kriterien ein Sonderzuschlag in anderen Grossstädten und Regionen ausgerichtet bzw. wieder aufgehoben werden kann.

Personalsituation erörtert

Über den Fall Zürich hinaus erörterte der Bundesrat die Personalsituation beim Bund ganz allgemein, wobei nach Auskunft von Vizekanzler Achille Casanova die Lage der Regiebetriebe SBB und PTT im Vordergrund stand. Mit dem zweiten Nachtrag zum PTT-Budget 1988 wird er die eidgenössischen Räte um die Bewilligung zusätzlicher 450 bzw. 70 Stellen für die Post- und für die Fernmeldedienste ersuchen. Damit sollen die PTT in die Lage versetzt werden, die erneut beträchtliche Verkehrszunahme zu bewältigen.

Nicht rückwirkend

Die Zürcher Pöstler sind enttäuscht. Der Sonderzuschlag für die Bundesbediensteten auf dem Platz Zürich habe zwei klare Mängel, sagte der Präsident der Platzunion Zürich, Rene Weber, auf Anfrage:

Er werde nicht rückwirkend für 1988 ausgezahlt und sei zudem nicht versichert Die Zürcher Pöstler haben nach Angaben von Erwin Furrer, Präsident der PTT-Union Sektion Zürich Bahnpostpersonal, auch bereits Protestaktionen beschlossen, da ihnen der dem Bundesrat vorliegende Kommissionsbericht bekannt war. Zu einem generellen Streik muss es laut Furrer gar nicht kommen: „Bereits wenn die Pöstler Dienst nach Vorschrift leisten, bricht der Postverkehr auf dem Platz Zürich mit Garantie zusammen.“

Mit einer Demonstration hatten einige tausend Pöstler anfangs Juli in Zürich deutlich eine jährliche Ortszulage von 2000 Franken rückwirkend auf den 1. Januar 1988 gefordert, so dass die Zulage 1989 tatsächlich wirksam wird. Bei der jetzt vom Bundesrat getroffenen Lösung sei 1989 die Hälfte der Zulage für die Pensionskasse bestimmt, betonten Weber und Furrer am Mittwoch. Zudem sei die Zulage - anders als in Genf - nicht versichert, so dass sie denen, die bald pensioniert werden, nicht zugute komme.

Berner Tagwacht, 18.8.1988.

PTT-Union > Ortszulagen. TW, 1988-08-18